

Etwas mehr Bescheidenheit, aber kein Stillstand

Corona-Krise spiegelt sich im Doppelhaushalt 2021/22 wider, die Liste der Investitionen bleibt aber gut gefüllt

Von Jens Lindennüller

FRIEDRICHSHAFEN - Der Doppelhaushalt 2021/22 der Stadt Friedrichshafen ist unter Dach und Fach. Pandemiebedingt fällt er für Häfler Verhältnisse zwar etwas bescheidener aus als man es aus den fetten Jahren bis 2019 gewohnt war, ein echter „Nothaushalt“ ist es aber nicht. Stillstand dokumentiert das Zahlenwerk keinesfalls. Ob all die Projekte, die darin Platz gefunden haben, aber auch tatsächlich wie geplant abgearbeitet werden, ist allerdings eine ganz andere Frage.

Allzu viel Diskussionsbedarf gab es in der finalen Haushaltsdebatte des Gemeinderats am Montag nicht mehr, denn zu fast allen der mehr als 100 Anträge, die zum Doppelhaushalt eingereicht worden waren, lagen Beschlussempfehlungen der verschiedenen Ausschüsse vor (die „Schwäbische Zeitung“ hat darüber berichtet). Und diesen Empfehlungen folgte das Hauptgremium letztlich.

Dasselbe gilt für fast alle Vorschläge der Verwaltung. Aber nur fast. Der Erhöhung von Vergütungs-, Zweitwohnungs- und Hundesteuer stimmten die Räte zwar mit unterschiedlichen Mehrheiten ebenso zu wie der Anpassung verschiedener Gebühren und Entgelte (unter anderem Bädergebühren). Für Schulsessen sowie für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen (zum Beispiel Kindergärten und Musikschule) sollen die Bürger aber vorerst nicht tiefer in die Tasche greifen müssen. Die von den Grünen beantragte Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer fand ebenfalls keine Mehrheit.

Pauschalen Kürzungen bei den laufenden Ausgaben stimmte der Gemeinderat mit großer Mehrheit zu, unangetastet bleiben zumindest 2021 die Freiwilligenleistungen in Form von Zuschüssen an Dritte (zum Beispiel Vereine) in Höhe von 6,3 Millionen Euro. Ab 2022 sollen diese aber um 400 000 Euro pro Jahr reduziert werden. Zumindest auf Einsparmöglichkeiten überprüft werden sollen die Freiwilligenleistungen an Kindertageseinrichtungen. Die Doppelhaushalte für Stadt und Zeppelin-Stiftung insgesamt verabschiedete der Gemeinderat letztlich zwar nicht einstimmig, aber mit deutlicher



Im Frühjahr 2020 macht die Caserne mit rotem Licht auf die Not der Veranstaltungsbranche aufmerksam. Die Caserne selbst gerät aber nicht nur durch Corona in Not, sondern vor allem durch einen Sanierungsstau, der im Herbst zum Nutzungsverbot führt. Um ihn schnellstmöglich auflösen zu können, hat der Gemeinderat nun zusätzliche zwei Millionen Euro bewilligt.

FOTO: MARCUS FEY

Mehrheit. Drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen kamen aus den Reihen der Grünen und des Netzwerks.

Von ihren 36 Anträgen hatten die Grünen zwar 25 ganz oder teilweise durchgebracht, dennoch war die Fraktionserklärung von Anna Hochmuth geprägt von zum Teil sehr deutlicher Kritik. Da ging es zum Beispiel darum, dass manche Anträge dem Klimabudget zugeordnet worden waren, über das in Gänze erst im zweiten Quartal beraten werden soll. Oder auch darum, dass das Integrieren im Haushaltsentwurf mit keinem Wort auftaucht. „Das ist ein enormer Schlag ins Gesicht der beteiligten Personen im ISEK-Prozess“, so Hochmuth. Aus Sicht der Grünen müsste sich der Haushalt viel mehr an ISEK orientieren. Auch in Krisenzeiten. Die Stadt müsse sich zwar anpassen können an akute Krisen, allerdings ohne dadurch die langfristige,

am Gemeinwohl orientierte städtische Entwicklung zu gefährden.

In der Fraktion SPD/Linke sieht man das zwar grundsätzlich ähnlich, weshalb ihr Vorsitzender Wolfgang Sigg ebenfalls zu verstehen gab, dass trotz notwendigen Innehaltens aufgrund der Corona-Krise strategische Positionen nicht aufgegeben werden dürften. Hochmuths Kritik mochte er aber nicht so recht teilen. Für seinen Hinweis, dass im vorliegenden Haushaltsentwurf sehr wohl viele Maßnahmen enthalten seien, die aus ISEK hervorgegangen sind, erhielt Sigg auch aus anderen Fraktionen Beifall.

Naturngemäß etwas konservativer geprägt waren die Ausführungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Achim Brotzer. Die vorausschauende Entscheidung 2017 zur Neuberechnung der ZF-Dividende habe der Stadt für die jetzige Krise zwar einen Puffer verschafft, durch den sie in diesem Jahr ganz ohne ZF-Dividende auskommen könne. Dennoch, so Brot-

zer: „Seriosität und Verlässlichkeit zwingen uns zu unpopulärer Haushaltsdisziplin.“ Einen Schuldenballon aufzublähen, das werde es mit der CDU-Fraktion auch in Zukunft grundsätzlich nicht geben. Was aber nicht heißt, dass nicht auch die CDU Anträge gestellt und unterstützt hat, die mit Kosten verbunden sind.

Gleiches gilt für die Freien Wähler, wobei auch ihre Fraktionsvorsitzende Dagmar Hoehne mahnte, dass „die Wünsche nicht in den Himmel und die Schulden nicht in astronomische Höhen wachsen“ könnten. Für die Häfler sei das eine neue Herausforderung. „Es ist bisher nicht unbedingt unsere Stärke, uns in einer gewissen Bescheidenheit zu üben und sehr genau zu überlegen, wo und wie wir unsere Prioritäten setzen wollen“, konstatierte Hoehne.

Jürgen Holeska als Fraktionsvorsitzender des Netzwerks für Friedrichshafen sprach mit Blick auf sinkende Liquidität, steigende Verschul-

dung und kaum abschätzbare finanzielle Risiken insbesondere durch Flughafen und Klinikum von einer „neuen Normalität“, die es erfordere, auch bereits Beschlossenes neu zu betrachten und zu hinterfragen. Holeska warnte aber auch vor der Gefahr, in der Krise den Blick auf fundamentale Fragen zu verlieren. Die Devise müsse lauten: „Augenmaß ja, Stillstand nein.“

Vorsicht und Zurückhaltung beim Geldausgeben walten lassen, ohne Stillstand zu riskieren, dafür plädierte auch FDP-Fraktionsvorsitzende Gaby Lamparsky. Die Stadt müsse momentan etwas kürzer treten, doch ein Sparhaushalt sei der Plan für 2021/22 keinesfalls. Sylvia Hiß-Petrowitz gab für ÖDP/Unabhängige schließlich zu verstehen, dass es Mut brauche, um Gewohntes zu reduzieren und Prioritäten zu setzen. Die knapper gewordenen Mittel müssten „sorgsam und nachhaltig“ eingesetzt werden.

Neue Leitung: Schmidstraße gesperrt

FRIEDRICHSHAFEN (sz) - Der Abschnitt der Schmidstraße zwischen dem Miettingerplatz und dem Verbindungsweg zur Zeppelinstraße ist seit dieser Woche voll gesperrt. Voraussichtlich vier Wochen wird es dauern, um die Wasserleitung in diesem Abschnitt zu erneuern. Der Verkehr wird über die Schloßstraße und die Zeppelinstraße umgeleitet. Die Bauarbeiten enden voraussichtlich am Freitag, 16. April. Das teilt die Stadt mit.

Musikschule unterrichtet wieder

FRIEDRICHSHAFEN (sz) - Gute Nachricht für musikbegeisterte Musikschüler an der Musikschule Friedrichshafen: Nach der aktuellen Corona-Verordnung des Landes können Kinder bei einer Inzidenz im Bodenseekreis unter 100 wieder Einzelunterricht als Präsenzunterricht in der Musikschule erhalten, heißt es in einer Pressemitteilung der Musikschule.

„Wir freuen uns sehr, dass wir unsere Schüler vor den Osterferien wenigstens zum Teil noch einmal sehen können. Endlich sind dann wieder musikalische Klänge in der Schule zu hören. Leider können nicht alle zum Präsenzunterricht zurückkehren. Schüler und Lehrkräfte, die aufgrund des Risikos Bedenken haben, bleiben weiter im Online-Unterricht. In diesen Fällen werden sich die Lehrkräfte direkt mit den Eltern in Verbindung setzen, um Termine zu vereinbaren“, sagt die Leiterin der Musikschule Sabine Hermann-Wüster.

Gruppenunterrichte und Ensembleproben dürfen weiter nicht in Präsenzform stattfinden, so dass auch die Kinder der Elementargruppen weiter im Online-Unterricht bleiben. Partnerunterrichte und Kleingruppenunterrichte werden in verkürzten Zeiteinheiten als Einzelunterricht in Präsenzform erteilt. Der Einzelunterricht findet unter großen Vorsichts- und Hygienemaßnahmen statt, die von Schülern, Eltern und Lehrkräften eingehalten werden müssen. Auch die Regelungen zur Kontaktbeschränkung müssen strikt beachtet werden.

Kurz berichtet

Spanisch für Reise lernen

BODENSEEKREIS (sz) - Lust, Spanisch für die Reise zu lernen? Es sind noch Plätze frei im Online-Kurs der VHS Bodenseekreis „Spanisch für die Reise – Anfängerkurs“ ab Samstag, 17. und 24. April, jeweils von 9 bis 12 Uhr.

Verschuldung steigt, aber nicht so stark wie im Januar befürchtet

Eckdaten, Anträge und Projekte: Ein Blick in den Doppelhaushalt der Stadt Friedrichshafen für 2021 und 2022

FRIEDRICHSHAFEN (li) - Vom ersten Entwurf, den Oberbürgermeister Andreas Brand im Januar vorgestellt hat, weicht der nun vom Gemeinderat verabschiedete Doppelhaushalt 2021/22 recht deutlich ab.

Im damaligen Entwurf wies der städtische Ergebnishaushalt für das Jahr 2021 noch einen Fehlbetrag von 29 Millionen Euro und für das Jahr 2022 einen Fehlbetrag von 21 Millionen Euro aus. Der Plan, den der Gemeinderat nun als Satzung beschlossen hat, sieht vor allem aufgrund der seitdem deutlich verbesserten Einnahmensituation, aber auch aufgrund der beschlossenen Kürzungen nicht mehr ganz so düster aus. Ein Minus bleibt in beiden Jahren dennoch unterm Strich stehen: 13 Millionen Euro sind es 2021, 8 Millionen Euro im Jahr 2022. Beide Fehlbeträge können voraussichtlich durch Überschüsse aus den Jahren 2019 und 2020 ausgeglichen werden.

Im Finanzhaushalt hat sich das Volumen eigener Baumaßnahmen durch Änderungsanträge seit Januar um zwölf Millionen Euro bis Ende 2022 und 43 Millionen Euro bis Ende 2025 erhöht. Weil sich seitdem aber die Einnahmensituation deutlich verbessert hat, wird die Verschuldung weniger stark ansteigen als damals angenommen – auf 49 statt 59 Millionen Euro Ende 2021 und auf 64 statt 89 Millionen Euro Ende 2022.

Zu den Maßnahmen, die aufgrund entsprechender Anträge nachträglich in den Doppelhaushalt 2021/22 aufgenommen worden sind, zählen unter anderem folgende:

Neubau Rotachhalle Ailingen:

Für den Neubau der Rotachhalle werden 200 000 Euro im Jahr 2021 und 300 000 Euro im Jahr 2022 eingestellt, je 4,5 Millionen Euro dann in den Jahren 2023 und 2024. Anträge

hatten SPD/Linke, CDU, Freie Wähler, der Ortschaftsrat Ailingen und die Verwaltung selbst gestellt. Der jetzige Beschluss folgt der Empfehlung des Ausschusses für Planen, Bauen und Umwelt (PBU).

Erschließung der Baugebiete Lachenäcker und Reinachweg:

Für beide Baugebiete, die Wohnraum in Kluftern und Ailingen schaffen sollen, werden Mittel in den Doppelhaushalt eingestellt. Anträge dazu gab es von den Ortschaftsräten Kluftern und Ailingen, CDU, Freien Wählern, SPD/Linke und Verwaltung.

Kulturhaus Caserne:

Für das Fortsetzen des Betriebs und die wichtigsten Sanierungsmaßnahmen wird 2021 und 2022 jeweils zusätzlich eine Million Euro eingeplant. Eine entsprechende Empfehlung hatte der Kultur- und Sozialausschuss basierend auf einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen ausgesprochen.

Albert-Merglen-Schule:

Mittel für den Neubau der Albert-Merglen-Schule werden in die Finanzplanung ab 2023 aufgenommen. Anträge dazu hatten FDP, SPD/Linke, CDU, Freie Wähler und die Verwaltung gestellt.

RAB-Gelände:

Für einen Ideenwettbewerb zur Überplanung des RAB-Geländes werden 75 000 Euro im Jahr 2021 eingeplant. Einem entsprechenden Antrag des Netzwerks hatte der PBU zugestimmt.

Allgemeine Radverkehrsmaßnahmen:

Für Maßnahmen zur Stärkung des Radverkehrs werden 400 000 Euro im Jahr 2021, 350 000 Euro im Jahr

2022 sowie je 300 000 Euro in den Folgejahren eingeplant - basierend auf Anträgen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD/Linke, Freien Wählern und der Verwaltung.

Bahnunterführung Fischbach: Für die Planung einer Unterführung am Bahnhof Fischbach werden 130 000 Euro im Jahr 2021 eingestellt, für deren Bau dann 2024 und 2025

insgesamt 4,6 Millionen Euro. Nach Anträgen von Grünen, SPD/Linke und Freien Wählern hatte der PBU einstimmig einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst.

ANZEIGE

NOWACK.
RECHTSANWÄLTE

DIE SPEZIALISTEN FÜR FAMILIENRECHT UND ERBRECHT

WIR GRATULIEREN UNSEREN KOLLEGEN

HERRN RECHTSANWALT **RAPHAEL FETZER**
FACHANWALT FÜR FAMILIENRECHT
FACHANWALT FÜR ERBRECHT



ZUM ERWERB DES TITELS
FACHANWALT FÜR ERBRECHT

HERRN RECHTSANWALT **DR. TOBIAS WIESENACK**
TSP FAMILIENRECHT
TSP ERBRECHT



ZUR
PROMOTION ZUM DR. JUR.

SEIT ÜBER 45 JAHREN ARBEITEN WIR AUF DEN RECHTSGEBIETEN

FAMILIENRECHT

WIR BRINGEN ORDNUNG IN IHRE FAMILIENRECHTLICHEN VERHÄLTNISS-
SE, REGELN UNTERHALTSANSPRÜCHE, SORGERECHTSANGELEGEN-
HEITEN, GÜTERRECHTLICHE ANSPRÜCHE, PRÜFEN UND ERRICHTEN
EHEVERTRÄGE U.V.M.

ERBRECHT

WIR BERATEN SIE BEI DER NACHFOLGEPLANUNG, DER ERSTELLUNG
VON TESTAMENTEN UND ERBVERTRÄGEN, UNTERSTÜTZEN SIE BEI
ERBAUSEINANDERSETZUNGEN U.V.M.

NOWACK. RECHTSANWÄLTE GMBH
BAHNHOFSTR. 22 | D-88069 TETTENANG | TELEFON: 0 75 42 / 93 06-0 | TELEFAX: 0 75 42 / 93 06-44
WWW.NOWACK-RAE.DE | E-MAIL: KANZLEI@NOWACK-RAE.DE
GESCHÄFTSFÜHRER: DIETER NOWACK, DR. NINA NOWACK-BURK